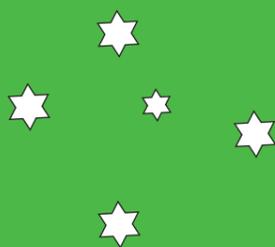


# ZEIT FÜR GRÜN

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

DEZEMBER 2019

## Bündnis 90/Die Grünen zu aktuellen Themen



### Editorial

Ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende; ein Jahr, in dem Grüne Politik in der Europawahl durch ein herausragendes Wahlergebnis bestätigt wurde. Dies freut uns Alfterer Grüne natürlich, und ebenso freuen wir uns über etliche neue Grüne Mitglieder in unserem Ortsverband, die wir auch auf diesem Weg nochmals willkommen heißen. Dies werten wir als ein Zeichen, dass unsere politische Arbeit in der Gemeinde gesehen und wertgeschätzt wird. Wir werden somit unsere Arbeit auch im kommenden Jahr personell verstärkt fortsetzen können.

In Zeiten, wo vielerorts (z.B. in Köln und Bonn) der Klimanotstand ausgerufen

wurde, um auf dringend notwendige Maßnahmen zum Klimaschutz hinzuweisen, und kürzlich sogar das Europaparlament den Klimanotstand ausgerufen hat, ist dies in Alfter gegen den Widerstand der übrigen Fraktionen leider nicht gelungen. Dies zeigt, dass in Alfter noch viel zu tun ist.

Zum Klimaschutz und zu einigen weiteren Themen, an denen wir in unserer Gemeinde arbeiten, finden Sie in dieser Zeitung Beiträge, und vielleicht können wir Sie ja damit motivieren, uns bei unserer Arbeit an diesen Themen zu unterstützen.

Dr. Hans Eggers und Wilhelm Windhuis

Mona Neubaur, Landesvorsitzende Grüne NRW, wird bei uns zu Gast sein.

Wir würden uns freuen Dich / Sie am Freitag, dem 17. Januar ab 19:00 Uhr begrüßen zu dürfen.

**Wir laden ein**

**Neujahrstreffen der Alfterer Grünen am 17. Januar 2020**

Rathaus der Gemeinde Alfter  
Am Rathaus 7 • 53347 Alfter-Oedekoven  
Beginn 19.00 Uhr

### Aktiv gegen Plastikmüll

Im März diesen Jahres rief die RSAG gemeinsam mit den Kommunen zu einem Frühjahrsputz im Kreis auf. Hierbei beteiligte sich der Ortsverband Bündnis90/Die Grünen Alfter in beträchtlicher Mitgliederstärke. Wir hatten uns an diesem Tag den Hardtbach vorgenommen. Hier war natürlich eindrucksvoll zu sehen, wie Plastikmüll in die Gewässer kommt. Vom Hardtbach in den Rhein vom Rhein in die Nordsee....

Durch dichtes Gebüsch krochen wir, sammelten den unterschiedlichsten Müll von Schuhen über Verpackungen, abgeladenen Bauschutt und Hunderte von Zigarettenkippen. Dies war besonders alarmierend. Nicht nur das Nikotin, sondern auch das Mikroplastik aus den Zigarettenfiltern gelangt ja gerade in Gewässernähe unmittelbar ins Grundwasser. Unerwartete Hilfe erhielten wir von zwei Jugendlichen, die – bestens mit Gummistiefeln ausgerüstet – unter anderem eine Computertastatur und einen Bürostuhl mitten aus dem Bach fischten.

Dabei verfügt die Gemeinde Alfter mit der RSAG über ein Unternehmen, welches den Müll zuverlässig und leistungsstark direkt bei den Bürgerinnen und Bürgern einsammelt. Leider ist es wohl so, dass sich dies noch nicht bei allen Menschen rumgesprochen hat und manche Leute ihren Müll einfach wild in die Umwelt werfen. Wir sind der Ansicht, dass das Einbringen von wildem Müll, gerade in einem solch sensiblen Bereich wie dem Hardtbach, mit einem fühlbaren Bußgeld belegt werden muss.

Außerdem sind wir froh und dankbar für die Initiative Plastikmüllfreies Alfter, die sich dieses Problems aktiv und engagiert annimmt und ganz besonders dankbar allen Bürgerinnen und Bürgern, die nicht nur ein oder zweimal im Jahr Plastik aufsammeln, sondern täglich und wöchentlich auf ihren Spaziergängen.

Auf kommunaler Ebene lässt sich nur wenig gegen den zunehmenden Plastikmüll unternehmen. Um so wichtiger, ist es, dass mehr und mehr Bürger sehr bewusst Plastikverpackungen vermeiden. Und dass sich inzwischen auch große Supermarktketten darauf eingestellt haben, ist doch ein Beweis für die Macht von uns Bürgern und Konsumenten.

## Streuobstwiese



Ein lang gehegtes Vorhaben ist nun zum Abschluss gebracht worden. Die Alfterer Grünen haben eine Streuobstwiese von der Gemeinde Alfter gepachtet. Sie liegt am Mittelpfad in Alfter-Oedekoven; es ist die erste Wiese auf der rechten Seite.

Wilhelm Windhuis (Fraktionsvorsitzender) dazu: "Ich habe seit langer Zeit mit der Verwaltung Gespräche geführt, die wir nun zu einem positiven Abschluss führen konnten. Dr. Sabina Glasmacher (Vorstand Ortsverband) ergänzte: "Jetzt wollen wir die Wiese in einen ökologisch vorzeigbaren Zustand überführen. Hierzu bedarf es einer intensiven Pflege der Bäume."

Darüber hinaus soll an der Seite zum Mittelpfad hin der Elektrozaun gegen einen Staketenzaun ausgetauscht werden. Hierzu werden wir Unterstützung brauchen und sind für jede helfende Hand dankbar. Da wir nicht

sicher sind, wie viele der vorhandenen Bäume die beiden letzten heißen Sommer überstanden haben, wollen wir im Herbst auch noch zwei neue Bäume pflanzen: Ein Pfirsichbaum „Rekord von Alfter“ sowie einen Pflaumenbaum „Hauswetschge“.

Die erste Ernte konnte auch bereits eingefahren werden. Die Äpfel werden nun zu Apfelsaft verpresst.

Wer Interesse hat, an dem Projekt mitzuarbeiten, kann sich gerne bei uns melden.

Sabina Glasmacher 0171/9911016 oder Wilhelm Windhuis 0177/6420540



### Gesucht

Sie wollen sich in die Kommunalpolitik einmischen.

Sie wollen Ihr Umfeld aktiv mitgestalten.

Sie wollen Ihre Kenntnisse oder Erfahrungen in die Politik einbringen.

Sie sind in einer Lebensphase, in der Sie sich „politisch“ betätigen wollen oder können?

Wir machen eine nachhaltige Politik ohne Effekthascherei.

Wir sind sachlich und kompetent.

Wir setzen uns für eine nachhaltige Entwicklung der Gemeinde Alfter ein.

Wir mischen uns aber auch in landes- und bundespolitische Themen ein.

Fühlen Sie sich angesprochen?

Wir brauchen noch Menschen aus allen Gemeindegebieten und jeden Alters, die mitmachen – auch wenn es nur gelegentlich möglich sein sollte.

Melden Sie sich bei

Dr. Hans Eggers  
Kiefernweg 12  
53347 Alfter  
Mobil: 01 70/ 40 16 658  
hans-eggers@gruene-alfter.de

Besuchen Sie unsere Internetseite  
[www.gruene-alfter.de](http://www.gruene-alfter.de)

## Bericht aus dem Rathaus

### Klimanotstand ausrufen

Die Gemeinde Alfter hat in der Ratsitzung vom 26.09.2019 eine historische Chance vertan, sich eindeutig auf die Seite des Klimaschutzes zu stellen: Einem Bürgerantrag von attac zum Ausrufen des Klimanotstandes wurde nicht gefolgt.

Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, den Antrag abzulehnen, und in ihrem Beschlussvorschlag aufgelistet, welche Maßnahmen in der Vergangenheit schon zur CO2 Reduzierung umgesetzt wurden.

Wir Alfterer Grünen hatten einen alternativen Beschlussvorschlag eingereicht, gemäß dem der Klimanotstand doch ausgerufen werden sollte. Wir sind nämlich der Ansicht, dass es zukünftig einer noch größeren Anstrengung bedarf, um die Klimaziele der Kommune, des Kreises sowie des Landes und des Bundes zu erreichen. Es reicht nicht aus, umgesetzte Maßnahmen aus den vergangenen Jahren aufzuzählen. Obwohl vieles davon eindeutig eine „Grüne“ Handschrift trägt, müssen nach unserer Auffassung alle zukünftigen Vorhaben der Gemeinde noch viel stärker auf die Reduzierung des CO2-Ausstoßes hin ausgerichtet werden.

Somit hat der Rat, gegen unsere Stimme, den Beschlussvorschlag der Verwaltung beschlossen und sowohl den Bürgerantrag wie auch unseren Antrag abgelehnt.

Wir hatten außerdem beantragt, den Beschlusstext der Verwaltung noch an einer anderen entscheidenden Stelle zu

ändern. Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, dass „bei der Umsetzung von Gremienbeschlüssen das Verwaltungshandeln auf seine Klima(folgen)relevanz hin zu überprüfen und im Rahmen des wirtschaftlich Vertretbaren die klimafreundlichste Variante umzusetzen“ sei.

Hier hatten wir beantragt, das Handeln der Verwaltung von der Maßgabe „Wirtschaftlich vertretbar“ zu entkoppeln und „grundsätzlich die klimafreundlichste Variante umzusetzen“. Grundsätzlich bezieht ja ausdrücklich ein Abweichen von der klimafreundlichsten Variante ein, wenn diese den Rahmen des wirtschaftlich Vertretbaren weit überschreitet.

Zudem wird unserer Auffassung nach in der ganzen Debatte um das wirtschaftlich Vertretbare die Betrachtung der Folgekosten des Klimawandels völlig vernachlässigt. Wir sehen jedoch in den Folgekosten ein wesentlich größeres Problem auf uns zukommen, so dass wir grundsätzlich jede Maßnahme zur Reduzierung des CO2-Ausstoßes als wirtschaftlich vertretbar einstufen.

Auch hier folgte die Ratsmehrheit dem Beschlusstext der Verwaltung und lehnte unsere Änderung ab.

Sieht so ein verantwortliches Handeln in Zeiten des sich immer mehr beschleunigenden Klimawandels aus? Wir können nicht erkennen, wie auf diese Art und Weise der Kampf gegen den Klimawandel in Alfter wirksam geführt werden kann.

### Konzept einer sozial gerechten Baulandentwicklung

Im April 2019 brachten wir Alfterer Grünen einen Antrag zur Entwicklung eines Konzepts einer sozial gerechten Baulandentwicklung in den Rat ein. Dieser basiert auf einem im September 2018 beschlossenen Handlungskonzept zur Schaffung von bezahlbarem, generationengerechtem und energieeffizientem Wohnraum. Wir haben den Antrag im April bewusst als Entwurf eingebracht und in die Fraktionen verweisen lassen mit dem Ziel,

- dass in der Gemeinde Alfter klare, transparente Regelungen für die Entwicklung von Bauland erarbeitet werden und
- dass durch die Beteiligung aller Fraktionen ein breiter Konsens im Rat erzielt werden kann.

Die dem Antrag zu Grunde liegenden Forderungen finden Sie separat aufgelistet in der Tabelle „Unsere Forderungen für Baulandentwicklungen“.

Warum bedarf es einer solchen Regelung in der Gemeinde Alfter?

Die Region Köln / Bonn verzeichnet eine starke Nachfrage nach Wohnraum, hier insbesondere nach bezahlbarem Wohnraum. Die Städte Köln und Bonn können diese Nachfrage wegen fehlender Flächen und immer teurer werdenden Immobilien nicht decken. Es entsteht ein sog. Überschwappeffekt.

Mit dem Konzept zur sozial gerechten Baulandentwicklung soll insbesondere das Ziel erreicht werden, den Aspekt des „Bezahlbaren Wohnens“ in Alfter in den Vordergrund zu rücken. Allein mit den Mitteln des Baurechts (Bebauungspläne) lässt sich das Ziel nicht erreichen. Vielmehr müssen alle Beteiligten, insbeson-

dere Bauwillige, von Anfang an wissen, welche politischen Ziele die Gemeinde Alfter bei der Schaffung von Baurecht verfolgt.

Großes Ziel ist es, dass die Gemeinde zukünftig die Flächen innerhalb des Baugebietes erwirbt und die Vermarktung selber vornimmt. Wir streben dabei grundsätzlich den Grundstücksverkauf auf der Basis von Erbbaurechten an, prüfen diese Frage aber noch. Dies bedeutet jedoch nicht, dass nicht auch Investoren weiterhin in Alfter bauen können. Nur wissen diese, dass es Kriterien gibt, an die sie sich halten müssen. So kann jeder entscheiden, ob er den Vorgaben folgt oder nicht. Durch transparente, in die Zukunft weisende Regelungen für jegliche Art von Baugebiet kann sich jeder rechtzeitig darauf einstellen und Fehlinvestitionen werden vermieden.

Der wesentliche Vorteil ist, dass die Gemeinde durch den Grundstückserwerb einen umfassenden Handlungsspielraum für die Flächen hat. Die Zielvorstellungen der Gemeinde können für das gesamte Plangebiet verwirklicht werden. Zudem kann die Gemeinde die planungs- und entwicklungsbedingten Wertsteigerungen der Grundstücke selber abschöpfen und in die durch die Bebauung notwendigen infrastrukturellen Folgemaßnahmen (Kits, Schulen, Straßen u.s.w.) fließen lassen. Bisher war es oft so, dass die erhebliche Wertsteigerung der Grundstücke „vom Acker zum Baurecht“, welches durch Beschluss des Rats ohne das Zutun der Eigentümer entstanden ist, alleine diesen oder irgendwelchen Baulöwen zugeflossen ist, aber die Investitionen für die Infrastruktur der Allgemeinheit überlassen blieben.

### Klima und Gesundheit

Spätestens seit dem heißen Sommer 2003 mit allein in Deutschland 7600 hitzebedingten Todesfällen ist es allgemein bekannt, dass hohe Temperaturen ausgeprägte Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben. Besonders betroffen hiervon sind ältere (ab dem 75. Lebensjahr), gebrechliche und alleinlebende Menschen, aber auch Säuglinge und Kleinkinder sind gefährdet.

Wissenschaftliche Studien konnten zeigen, dass die Zahl der Hitzetoten schon ab einer Wochenmitteltemperatur von 23 Grad Celsius sehr stark (exponentiell) ansteigt. Todesursachen sind vor allem Herz-Kreislaufstörungen, Nierenversagen, Atemwegserkrankungen und Schlaganfälle. Entsprechend der Erhöhung der Sonnenscheindauer (seit 1958 um 96 Stunden pro Jahr) und der Erhöhung der UV Strahlung ist auch die Zahl der Hautkrebserkrankten stark angestiegen. 1999 waren 11.500 Menschen von Hautkrebs neu betroffen; 2016 waren es bereits 23.000 neuerkrankte Menschen. Insgesamt ist der negative Effekt der globalen Erwärmung auf

die menschliche Gesundheit in wissenschaftlichen Studien zweifelsfrei belegt.

Auch der vermehrte Pollenflug hat natürlich Auswirkungen auf Allergiker. Da viele Bakterien bei höheren Temperaturen besser wachsen können, ist auch eine höhere Gefahr für Infektionskrankheiten und Lebensmittelvergiftungen gegeben. Auch erhöhte Nebenwirkungen bei Medikamenteneinnahme können auftreten.

„Klimaschutz ist deshalb immer auch Gesundheitsschutz“ sagte der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. med. Klaus Reinhardt anlässlich der weltweiten Aktionswoche für das Klima, an der sich auch Ärzte und Medizinstudenten beteiligten. Der nächste Deutsche Ärztetag im Mai 2020 will sich deshalb auch mit den gesundheitlichen Auswirkungen der Erderwärmung auf die Gesundheit befassen, um Klimaschutz unter gesundheitspolitischen Gesichtspunkten zu forcieren.

Klimaschutz ist Gesundheitsschutz und muss global, national und kommunal die höchste Priorität bekommen.

#### Unsere Forderungen für Baulandentwicklungen

1	Flächenverbrauch soll möglichst vermieden werden. Nur ausnahmsweise sollen Baugebiete neu erschlossen werden. Wohnungsbau soll vornehmlich durch Verdichtung, Baulückenschließung und der Konversion (Umnutzung) baulich genutzter Flächen erfolgen.
2	Wenn wir „bezahlbaren Wohnraum“ wollen, muss Alfter Mut für eine andere Gestaltung der Wohnungspolitik haben. So sollen zukünftig Bauleitplanverfahren für Wohnbauvorhaben nur dann in Gang gesetzt werden, wenn die Gemeinde (oder Tochtergesellschaften) Eigentümerin von mindestens 70% der Flächen im Baugebiet ist. Hierdurch kann sie ein dauerndes, von öffentlichen Interessen bestimmtes Gegengewicht zu privaten Interessen schaffen. Dies wird aktuell umso mehr erforderlich, als nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes die Mietpreisbindung für staatlich geförderte Wohnungen nur zeitlich befristet zulässig ist. Die Gemeinde kann unter Berücksichtigung auch sozialer Kriterien Bauland zur Verfügung stellen. Insbesondere Familien sollen sich den Erwerb von Bauland leisten können. Auch die Gemeinde selbst oder ihre gemeindeeigenen Gesellschaften sollen Häuser bauen. Die gemeindeeigene Wohnungsbaugesellschaft soll bei der Vergabe von Grundstücken zwecks Errichtung öffentlich geförderter Wohnungen angemessen bevorzugt werden. Auf gemeindeeigenen Grundstücken eines Baugebiets sind, soweit eine Mehrfamilienhausbebauung zulässig ist, mindestens 60 % der dort entstehenden Wohneinheiten im öffentlich geförderten Wohnungsbau zu errichten. Dies zeigt: Wenn die Gemeinde Eigentümerin der Wohnbauflächen ist oder sie erwirbt, hat sie einen viel größeren Handlungsspielraum als wenn private Investoren den Markt bestimmen.

## Bericht aus dem Rathaus

Unsere Forderungen für Baulandentwicklungen	
3	Baurecht soll möglichst zeitnah verwirklicht werden, um das Ziel eines besseren Wohnraumangebots baldmöglichst zu erreichen und Spekulationen zu vermeiden. Wird das Baurecht nicht innerhalb von sieben Jahren nach dem Inkrafttreten eines Bebauungsplanes verwirklicht, so soll die Verwaltung für den Gemeinderat insbesondere die Frage prüfen, ob der Bebauungsplan aufgehoben werden soll. Vorstellbar ist, dass auf den brachliegenden Flächen Bäume gepflanzt werden, die insbesondere im Sommer die Luft kühlen und für ein gutes Klima in der Gemeinde sorgen.
4	Der Flächenverbrauch für Baugrundstücke ist auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Neben der Förderung ökologischer Aspekte kann dies die Erwerbskosten für die Baugrundstücke dämpfen. Es gibt einige gute Beispiele etwa in Freiburg oder Tübingen, die auch bei mehreren Geschossen eine sehr gute Wohnqualität bieten.
5	Bei größeren Bauprojekten ist darauf hinzuwirken, dass vor Bezugfertigkeit der ersten Wohnung ein Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr besteht. Beispiel: Im geplanten Baugebiet „Buschkauler Feld“ wird das Verkehrsproblem mit noch mehr Autos, die in Richtung Bonn fahren, noch größer als bisher. Wir begrüßen daher, dass die Verwaltung in Kenntnis unserer Forderung eine neue Buslinie einfordert, die an dem Baugebiet Halt macht.
6	Jeder, der ein gemeindeeigenes Baugrundstück erwerben will oder daran ein Erbbaurecht für den Bau eines Einfamilienhauses begründen will, kann sich bewerben. Es führt zu weit, hier die Kriterien für eine Berücksichtigung aufzuführen: Grundsätzlich sollen aber Familien, Einheimische, Menschen mit Ehrenamt oder mit besonderem Betreuungs- oder Pflegebedarf bevorzugt werden, wenn bestimmte Einkommens- und Vermögensgrenzen nicht überschritten werden. So kann sozial gerechteres Bauen gelingen.

### Bauen und Klima

Die Umnutzung von freien Flächen für den Bau von Gebäuden und Straßen findet immer noch in großem Maße statt. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche steigt in Deutschland pro Tag um rund 58 ha (Quelle: Statistisches Bundesamt) oder anders gesagt um die Fläche von 80 Fußballfeldern. Pro Tag! Die Hälfte dieser Flächen wird versiegelt. Dadurch verschwinden Lebensräume für Tiere, insbesondere für kleine Lebewesen, die Gefahr von Hochwasser steigt, die Luft heizt sich im Sommer verstärkt auf und das örtliche Kleinklima kann sich negativ verändern. Bundes- und Landesregierung fordern zwar seit Jahren eine drastische Reduzierung des Flächenverbrauchs; es ändert sich aber nichts – auch nicht in ihren eigenen Verhalten. Bei der Diskussion um die Reduzierung von Kohlendioxid liegt der Baubereich kaum im Blickfeld. Dabei hat das Bauen einen Anteil von 20 bis 30% am Gesamtausstoß von CO<sub>2</sub> (je nach Berechnungsweise).

Bündnis 90/Die Grünen in Alfter wissen aber, dass man der Diskussion um „bezahlbaren Wohnraum“ letztlich nicht ausweichen kann. Andere denkbare Formen, wie den Leerstand zu bekämpfen oder ein Programm aufzulegen, dass ältere Menschen in großen Häusern freiwillig Platz für Familien machen, greifen nicht schnell genug. Wie Sie wissen, haben die Grünen in Alfter – vergeblich – versucht, die Baugebiete Oldsdorfer

Kirchweg 2 und in Birrekoven „Auf dem Rott“ zu verhindern. Dort werden jetzt Einfamilienhäuser gebaut. Nach unserer Auffassung hilft dies Familien mit geringem oder mittlerem Einkommen kaum.

Deshalb haben sich die Grünen in Alfter für eine sozialgerechte Bodennutzung entschieden (siehe Artikel „Konzept einer sozial gerechten Baulandentwicklung“). Wir meinen, dass eine Bebauung dann gerechtfertigt ist, wenn sie vielen Menschen zugute kommt und möglichst umweltverträglich ist. Im Kern geht es darum, dass die Gemeinde möglichst selbst Eigentümerin der Grundstücke wird, hochwertige Immobilien selbst errichtet und dauerhaft behält und in einem Baugebiet eine gute soziale Mischung mit hoher Aufenthaltsqualität schafft. Das ist eins unserer Ziele für das Buschkauler Feld.

Den derzeitigen Entwurf des Bebauungsplans für das sehr große „Gewerbegebiet Nord“ an der Grenze zu Bornheim lehnen wir zur Zeit ab. Dort gibt es bewirtschaftete Ackerflächen mit guten Böden. Die Ernte trägt zur regionalen Versorgung bei. Die negativen Folgen von Bebauung bleiben uns erspart. Und es hilft den Alfterern in der Nachbarschaft eines künftigen Gewerbegebiets nicht, dass mit erheblichen Geldzahlungen irgendwo in Nordrhein-Westfalen versucht wird, einen Ausgleich für den Verlust der Grünfläche zu schaffen.

### Die Grünen sind gegen den Bau einer Freien Christlichen Gesamtschule in Oedekoven

Seit einigen Jahren plant die Freie Christliche Schule Bonn/Rhein-Sieg einen Neubau ihrer Gesamtschule mit integrierter Grundschule. In den vergangenen Jahren wurden verschiedene Pläne eingereicht, um das Projekt für die Bevölkerung akzeptabel zu machen. Das Plangebiet befindet sich in Alfter-Oedekoven entlang der Straße „Im Klostersgarten“.

Die Alfterer Grünen haben vor einigen Monaten entschieden, das Projekt abzulehnen. Die Baukörper und die Belastung durch zusätzlichen Verkehr sind zu groß. Viele Schulkinder werden von außerhalb mit Schulbussen gebracht. Außerdem steht in unmittelbarer Nähe der geplanten Baukörper eine Höchstspannungsleitung. Von dieser Leitung können Gefahren ausgehen. So machte „aerzteblatt.de“ am 21. Juni 2019 mit der Überschrift auf: „Behörde sieht in Hochspannungsleitungen „mögliches“ Leukämierisiko für Kinder“. Davon gehe die französische Gesundheitsbehörde Anses aus. „Die Experten raten ... „vorsorglich“ davon ab, „neue Schulen in der Nähe von Hochspannungsleitungen“ zu errichten“. Zugleich betonen sie aber, dass es keinen Beweis für das Leukämierisiko durch Stromleitungen gibt. Hochspannungsleitungen gelten als Quelle für Elektromog“ so aerzteblatt.de. Die französische Gesundheitsbehörde habe bereits im Jahr 2010 vor einem „möglichen Zusammenhang“ zwischen „elektromagnetischen Feldern mit niedriger Frequenz und einem langfristigen Risiko für kindliche Leukämie“ gewarnt. Angesichts neuer Untersuchungen würden sie die Warnung nun wiederholen.

Interessant ist, dass auch Amprion, Betreiberin der Stromleitungen, in einer Stellungnahme gebeten hat, dass etwa zwischen Schulen und Hochspannungsleitung ein Abstand von mindestens 400 m eingehalten werden sollte.

Die Alfterer Verwaltung schreibt dazu: „Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens (Anmerkung: zur Christlichen Gesamtschule) erfolgt eine Untersuchung des Elektromog. Im Rahmen der Untersuchung ist zu prüfen, welche Abstände von der Höchstspannungsleitung einzuhalten sind. Einer ersten Einschätzung bzgl. des Elektromog ist zu entnehmen, dass die im Landesentwicklungsplans (LEP) NRW genannten Abstände von (nach Möglichkeit) 400 m für Schulen, Kindertagesstätten etc. zu Höchstspannungstrassen ab 220 kV im dicht besiedelten NRW kaum praktikabel sind. Des Weiteren orientieren sie sich auch nicht an wissenschaftlich begründbaren Vorsorgerichtwerten für elektro-

magnetische Feldimmissionen durch Hochspannungsleitungen. Sie dienen in erster Linie den Bedürfnissen der Leitungsbetreiber nach Konfliktminimierung beim Ausbau vorhandener Hochspannungstrassen. Im LEP wird dargelegt, dass der genannte Abstand bei neuen Höchstspannungsleitungen ausnahmsweise unterschritten werden kann, wenn gleichwohl ein gleichwertiger vorsorgender Schutz der Wohnumfeldqualität gewährleistet ist oder keine andere technisch geeignete und energiewirtschaftsrechtlich zulässige Variante die Einhaltung der Mindestabstände ermöglicht.“

Das Land Nordrhein-Westfalen habe eigene Regelungen zum vorsorgenden Gesundheitsschutz bei elektromagnetischen Immissionen durch Hochspannungsleitungen erlassen, die über die Anforderungen der 26. Bundesimmissions-Schutzverordnung (BImSchV) hinausgehen. „Seit 1998 gilt in Nordrhein-Westfalen für die Planung von neuem Wohnraum ein Abstandsersatz, der einen seitlichen Abstand zur Trassenmitte...bei 380 kV-Leitungen von mindestens 40 m vorschreibt. Diese Abstände werden durch die Planung eingehalten.“ Und weiter: Im weiteren Verfahren werde geprüft, welche Möglichkeiten für die Schule bestehen, um das Konfliktpotenzial zwischen dieser sowie der bestehenden Höchstspannungsleitungen zu verringern.

Diese Argumentation der Verwaltung überzeugt uns nicht. Es erscheint uns gewagt, die Abstandsregelung, die als kaum praktikabel dargestellt wird, als einen Schutz für die Netzbetreiber und nicht für die in der Nachbarschaft sich aufhaltenden Personen darzustellen. Die Pariser Gesundheitsbehörde oder andere wissenschaftliche Studien geben auch keine Hinweise, wie etwa durch bauliche Maßnahmen eine Gefährdung ausgeschlossen werden kann. Vielmehr spricht die Behörde allgemein die Warnung aus: Keine Schule in der Nähe von Höchstspannungsleitungen. Und wir fragen uns: Was passiert, wenn sich in ein paar Jahren die Forschungsergebnisse bestätigen. Darf dann kein Schulbetrieb mehr stattfinden, obwohl dort eine neue Schule steht?



## Mobilitätskonzept: Umsetzung erfolgt zu langsam

Die Gemeinde Alfter hat ein Mobilitätskonzept für die gesamte Gemeinde beschlossen. Es enthält eine Fülle von Maßnahmen, die nach Bereichen und Prioritäten geordnet sind. Viel Gutes ist dabei. Unter anderem ist ein Verkehrslenkungs- und Parkraumkonzept für Alfter-Ort auf unsere Initiative als Maßnahme im Mobilitätskonzept verzeichnet. Ebenso ein Parkraumkonzept für die Witterschlicker Hauptstraße. Dies ist jetzt etwa zwei Jahre her.

Wenn es jedoch im Rat an die Umsetzung der Vorhaben gehen soll, wird es plötzlich schwierig – trotz Mobilitätskonzept, wie die beiden Beispiele zeigen:

### 1. Verkehrs- und Parkraumkonzept für Alfter Ort: die anderen Fraktionen ziehen nicht mit!

Aufgrund der intensiven Bautätigkeit in den Alfterer Hanglagen sind die engen Straßen im Ortskern stark belastet. Die Bürger sind durch die Verkehrssituation belastet und wünschen sich eine gerechtere Verteilung der Verkehrsbelastung.

Die Buslinie 882 bietet zumindest in Teilbereichen der Hanglagen eine sicher noch ausbaufähige Alternative zum Auto. E-Bikes erweitern die Nutzungsmöglichkeiten des Rades. Die Klimaerwärmung und die damit verbundene Diskussion über die Nutzung des KFZ führen zu erhöhter Akzeptanz von Alternativen.

Die Alfterer Grünen meinen: All das ist eine gute Voraussetzung, das Thema Ortskernentlastung anzugehen. Ziel muss sein, das Fahren im Umweltverbund für die Bürger attraktiv zu machen, damit weniger Autos auf der Straße sind, um so Gestaltungsmöglichkeiten bei der Verkehrslenkung und beim Parkraumkonzept zu bekommen.

### Sechs Punkte sind den Grünen besonders wichtig:

1. Die Sicherheit von Radfahrenden und Fußgängern sowie die Aufenthaltsqualität auf Straßen und Plätzen muss deutlich verbessert werden.
2. Die noch vorhandenen Pättchen müssen als kurze Verbindungswege für Radfahrer und Fußgänger intensiver genutzt werden können.
3. Fahrradstraßen, Radstreifen und die weitere Öffnung von Einbahnstraßen sollen das Radfahren sicher und bequemer machen. Sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder gehören auch dazu.
4. Eine möglichst gleichmäßige Belastung der Anwohner vom KFZ-Verkehr in den engen Straßen des Ortes muss gewährleistet sein. Auf den Haupttrouten muss der Verkehr stetig aber auch in angemessener Geschwindigkeit fließen.
5. Sinnvolle Parkregelungen z.B. unter Einbeziehung von privaten und öffentlichen Abstellflächen, Anwohnerparken und zeitlich begrenztem Parken sind größeren Parkplätzen vorzuziehen.
6. Und: Eine weitere Verbesserung des ÖPNV-Angebots in den Hanglagen wäre auch noch notwendig!

### 2. Grüne fordern mehr Aufenthaltsqualität für die Witterschlicker Hauptstraße

....aber leider alleine!

Die Witterschlicker Hauptstraße hat wahrlich die Rolle der „eierlegenden Wollmilchsau“.

Sie ist Parkraum, Durchgangs-, Erschließungs- und Geschäftsstraße. Vorwiegend durch parkende Fahrzeuge kommt es häufig zum Stau und chaotischen Verhältnissen, wenn LKW sich durchschlängeln müssen oder zwei LKW sich begegnen. Teilweise ist das Überfahren des Bürgersteigs erforderlich, um das Knäuel wieder aufzulösen.

Der ÖPNV ist von diesen Verhältnissen stark betroffen. Es kommt zum Teil zu erheblichen Verspätungen. Anschlüsse werden nicht erreicht. Der Ärger ist groß.

Auch für Radfahrer ist die Situation auf der Hauptstraße extrem unbefriedigend und teilweise gefährlich. Sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder fehlen gänzlich. Aufgrund der räumlichen Enge ist die Aufenthaltsqualität so gering, dass Fußwege vermieden und der PKW „vor der Ladentür“ geparkt wird.

Die Alfterer GRÜNEN meinen, dass neben der unumgänglichen Nutzung durch KFZ auch die

Situation für Radfahrer und Fußgänger so verbessert werden muss, dass der Anteil des Radverkehrs steigt und auch Fußgänger von einer besseren Aufenthaltsqualität profitieren.

Ein Verkehrs- und Parkraumkonzept ist daher auch in Witterschlick unumgänglich, um die schwierige Situation zum Vorteil aller Verkehrsteilnehmer und auch der Anwohner und Geschäftstreibenden zu verbessern.

Ein Verzicht auf Parkflächen auf der Straße zugunsten von Parkplatzangeboten auf Parkflächen im Umfeld oder auf privaten Grundstücken wäre gegebenenfalls erforderlich.

Es ist jedoch wahrscheinlich, dass eine Verbesserung der Situation für Radfahrer und Fußgänger den Anteil dieser Verkehrsteilnehmer stärkt und damit möglicherweise weniger Parkplätze benötigt werden.

In beiden Fällen haben Bündnis 90/ Die Grünen beantragt, Konzepte zur Lösung der beschriebenen Probleme erstellen zu lassen. Erst dann hat man eine gute Basis, um das Machbare mit den Bürgern zu diskutieren und umzusetzen.

Doch wenn es ernst wird, heißt es: Nein, das geht doch nicht, da fallen ja Parkplätze weg oder – etwas diplomatischer – andere Maßnahmen des Mobilitätskonzepts haben eine höhere Priorität. Das mag ja alles sein.

Die Grünen fragen sich jetzt natürlich:

Der Straßenraum bleibt begrenzt. Das wird sich nicht ändern. Wann also wollen wir mehr Platz für Radfahrer und Fußgänger schaffen?

Sind die Prioritäten des Mobilitätskonzepts in Beton gegossen oder möchte man sich bedarfsgerecht-flexibel an die Arbeit begeben?

Oder ist es den anderen Fraktionen im Rat vielleicht doch sympathischer, unliebsame Themen auf die „lange Bank“ zu schieben?

Man darf gespannt sein....

## S23: Kommt ein Haltepunkt in Volmershoven?

Auf Antrag der Grünen in Alfter wird eine Potenzialberechnung durchgeführt

Die S23 soll weiter ausgebaut werden. Was die Grünen in Alfter schon seit 2009 fordern, soll nun umgesetzt werden: der eingleisige Abschnitt zwischen Witterschlick und Kottenforst wird endlich zweigleisig und die Strecke wird elektrifiziert.

Im Zuge dieses Ausbaus bietet es sich nach Ansicht der Alfterer Grünen an, einen Halt in Volmershoven zu bauen. Dementsprechend beantragten sie im Rat, dass die Gemeinde eine Potenzialberechnung für einen Halt in Volmershoven fordern soll.

Diese wird jetzt im Zuge der Vorplanungen durchgeführt und man darf gespannt sein, ob die Einsteigerzahlen für den Bau eines Haltepunktes reichen. Wünschenswert ist er auf jeden Fall. Schließlich fährt die Linie 800 nur stündlich, also viel seltener als der Zug und die Fahrzeit nach Bonn ist wesentlich länger.

Das bislang vorhandene Angebot durch die Linie 800 ist auch deutlich schlechter, als das im übrigen Gemeindegebiet. Eine deutliche Verbesserung des Nahverkehrsangebots ist daher dringend erforderlich!

Ein Haltepunkt in Volmershoven ermöglicht eine bessere Anbindung dieses dicht besiedelten Bereichs an den SPNV. Das Nahverkehrsangebot dort wäre erheblich verbessert und der Ort für Familien und auch ältere Mitbürger deutlich attraktiver.

## Buschkauler Feld soll ein attraktives Nahverkehrsangebot bekommen

In den nächsten Jahren soll das Buschkauler Feld bebaut werden. Es handelt sich um ein großes Wohngebiet am nördlichen Ortsausgang von Witterschlick.

Bündnis 90/ Die Grünen in Alfter wollen, dass spätestens mit Bezug der ersten Wohneinheiten ein attraktives Nahverkehrsangebot vorhanden sein soll. Dazu muss nach Ansicht der Alfterer Grünen auch endlich eine Haltestelle für die Linie 845 an der angrenzenden B56 eingerichtet werden.

## Herrenwingert: Planungen fortgeschritten – Förderung offen

Nach länger währenden Beratungen hatte der Gemeinderat unter Beteiligung der Bevölkerung beschlossen, den Herrenwingert und die Umgebung umzugestalten. Insbesondere sollte die Turnhalle durch eine Mehrzweckhalle ersetzt und daneben ein Gebäude für einen 7Vollsortimenter errichtet werden. Im Jahr 2019 wurden die Planungen zur Umgestaltung des Herrenwingert konkreter. Ende Juni haben verschiedene Stadtplaner ihre Vorstellungen zu diesem zentralen Platz und seiner Umgebung vorgestellt. Eine Jury aus Fachleuten und der Verwaltung hat das Architekturbüro Königs und das Landschaftsarchitekturbüro „stern landschaften“ als Sieger bestimmt.

Als Vorzüge des Gewinnerentwurfes wurde genannt: „Ihn zeichnet eine gelungene Interpretation des Themas Markthalle durch große bogenförmige Fenster in Kombination mit hausähnlichen Wohnformen in den Obergeschossen aus. Auch die landschaftliche Thematisierung des Herrenwingert und die Weiterführung von Grünstrukturen mit Obstbäumen und Spielbereich bis in den Ortskern wurden durch die Bewertungskommission sehr positiv bewertet. Allerdings seien noch Verbesserungen vorzunehmen“.

Dabei geht es insbesondere darum, dass eine Tiefgarage vorgesehen ist, die auf eine gewisse Skepsis stößt.



Ansicht des Gewinnerentwurfes des Architektenbüros Königs. Bild: Architektenbüro Königs.

Im weiteren Planungsprozess sollten die Kerngedanken des Entwurfs erhalten bleiben. Überzeugend für die Grünen sind Planungsinhalte wie

- das Prinzip „Fußgänger First“ mit ausgeweitetem Abstellareal für Fahrräder, E-Bikes oder E-Scooter, ein hoher Vegetationsanteil im Ortskern,
- qualitative Aufenthaltsbereiche, die das soziale Miteinander stärken,
- bürgernahes Urban Gardening (gärtnerische Nutzung gemeindeeigener Flächen),
- eine ausgewogene Stellplatzgarantie in der Tiefgarage,
- die Schaffung von intelligent integrierten Wohneinheiten als sozial- und ökologische Nachverdichtung im Ortskern. Die Planungen richteten sich nach dem Leitbild des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK). Die Erstellung eines ISEK ist Fördergrundlage für sämtliche Programme der Städtebauförderung. Nach Berechnungen der Verwaltung kostet das Projekt 17,6 Mio. Euro, mit einer Förderung müsste die Gemeinde nach derzeitigem Stand 5,3 Mio. Euro selbst tragen. Ende September hat die Gemeinde Fördermittel bei der Bezirksregierung beantragt. Allerdings wurde dem Bürgermeister mitgeteilt, dass in diesem Jahr eine Bewilligung nicht möglich ist, weil es im Vergleich zu anderen Bewerbungen noch an der erforderlichen Projektreife fehle. Im kommenden Jahr könne aber erneut ein Antrag gestellt werden.

Wir bedauern sehr, dass es in diesem Jahr nicht zu einer Förderung kommt und deshalb wieder eine Verzögerung eintritt. Bedauerlich ist auch, dass Kommunen wie Alfter auf Fördermittel angewiesen sind. Es gibt mehr Förderanträge als Geld. Die Sorge, dass man keine Förderung erhält, ist konkret. Es gibt aber auch Vorteile:

Das Integrative städtebauliche Handlungskonzept hat in Alfter, einer Gemeinde mit rund 24.000 Einwohnern und dörflichem Charakter, dazu beigetragen, dass die Diskussion zur örtlichen Wohnungspolitik auf eine neue Ebene gehoben wurde. Ebenfalls wurde Raum dafür geschaffen, dass alle beteiligten Akteure Ihre Stellungnahmen und Interessen einbringen konnten. Dabei würden wir uns allerdings manchmal etwas mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wünschen. Die rein fachliche Auseinandersetzung, die für das Förderprogramm notwendig ist, weitete die Perspektive für die städtebaulichen Machbarkeiten in Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit.

Die zukünftigen Herausforderungen der Kommunen im ländlichen Raum wie baulicher Bestandserhalt, Quartiersentwicklung, Verbesserung der Infrastruktur und Wahrung der Lebensqualität für alle Bevölkerungsgruppen verlangen von der Gemeindeverwaltung mehr als nur ein Vorgehen „wie üblich“. Dies ist dem Standort Alfter, einer bemerkenswerten Gemeinde in einer anmutigen Naturlandschaft, wie es so schön heißt, geschuldet. Unsere Empfehlung: den zeitgemäßen Blick auf ein autoreduziertes Wohnen in Alfter zu richten. Wir begrüßen es, dass sich die Gemeinde nun ernsthaft dazu entschlossen hat, ISEK durchzuführen.



### Impressum:

HerausgeberIn:

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,  
Ortsverband Alfter  
Ratsfraktion Alfter  
[www.gruene-alfter.de](http://www.gruene-alfter.de)

Redaktion: Dr. Hans Eggers  
Robert de la Haye  
Dr. Sabina Glasmacher  
Michael Schroerlücke  
Dr. Sonia Teimann  
Mechtild Wallraff-Kaiser  
Wilhelm Windhuis

V.i.S.d.P.: Dr. Hans Eggers  
Kiefernweg 12  
53347 Alfter  
  
Wilhelm Windhuis  
Buschhovener Straße 35 b  
53347 Alfter

Redaktionschluss: 3. Dezember 2019

Satz, Druck: FuW Litterscheid GbR  
Von-Weichs-Str. 23  
53121 Bonn

Auflage: 10.500 Exemplare